

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

ließ, daß die Volksbeauftragten mit dem Zentralrat über die Ostfragen berieten, dehnten die Polen ohne sonderliche Anstrengungen ihren Besitzstand weiter aus und richteten in den deutschen Gebieten eine polnische Verwaltung ein. Die Lebensmittelsendungen von dort aus nach dem übrigen Deutschland wurden unterbrochen, Eisenbahnzüge zurückgehalten und nur für polnische Zwecke in Dienst gestellt. Einzelne deutsche Truppenteile boten den Eindringlingen wohl Widerstand, sie konnten aber nicht verhindern, daß sich die Polen noch mehr ausbreiteten und ungeheure Mengen deutschen Kriegsgerätes raubten.

Die bedrohten Provinzen versuchten deshalb, sich selbst zu helfen. Die revolutionären Räte beschritten zunächst wieder den Weg der Verhandlung. Vertreter der Städte Posen, Bromberg, Hohensalza und Gnesen einigten sich am 2. Januar in Hohensalza, die Feindseligkeiten einzustellen und Verstärkungen des deutschen Grenz- und Heimatschutzes bis zur Festlegung weiterer Vereinbarungen zurückzuhalten. Dieser Waffenstillstand wurde von den Polen sofort wieder gebrochen. Nun bildeten die Deutschen Bürgerwehren, denen es unter wechselvollen Kämpfen gelang, bis Mitte Januar den polnischen Vormarsch aufzuhalten. Bis zum 15. Januar blieben die Deutschen im Besitz der deutschen Hälfte des Kreises Rawitsch sowie der Kreise Fraustadt, Meseritz und Schwerin im Westen und Süden Deutsch-Polens. Im Norden hielten die Deutschen im großen und ganzen die Kreise Czarnikau, Fülehe, Wirsiß und den größten Teil der schwer bedrohten Kreise Bromberg-Stadt und -Land. Die Berliner Regierung entschloß sich nun endlich, zur Bildung von Freiwilligenbataillonen für den Osten aufzurufen.

Die örtlichen Parteiverhältnisse in Berlin erwiesen sich auch für die rein mehrheitssozialistische Regierung Ebert-Scheidemann als äußerst hemmend, weil sie sich nicht zu entschließen vermochte, kraftvoll gegen die Aufwiegler aufzutreten. Ende Dezember erhielt sie eine Rückenstärkung aus Süddeutschland. Die Regierungen Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens hatten am 27. und 28. Dezember in Stuttgart den Beschluß gefaßt, künftig gemeinsam hinzuwirken auf:

1. neue Einrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage;
2. Schaffung einer handlungsfähigen Reichsregierung und Reichsversammlung;
3. schnelligste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Die vier großen süddeutschen Staaten waren sich einig darüber, daß die Berliner Zustände die Reichseinheit gefährdeten, lehnten aber jede Sonderbündelei ab. Beim Jahreswechsel hatte es denn auch den Anschein, als ob ein frischerer Zug die Reichsgeschäfte belebte. Unter den Nachwirkungen des Weihnachtsputsches schied der Kriegsminister Generalleutnant Scheuch aus dem Amte. Sein Nachfolger wurde der württembergische Oberst Reinhardt (siehe Bild Seite 424), der bisher Leiter der Demobilisierungsabteilung des Kriegsministeriums gewesen war.

Die Regierung suchte nun die in Berlin aufgetauchten russischen Bolschewiki unschädlich zu machen. Außer Kadek hatte sich auch Joffe mit einem größeren Stabe seiner Mitarbeiter in Berlin eingefunden. Die Anwesenheit der Russen in Berlin war eine Gefahr für die Friedensverhandlungen, weil die Feinde ohnehin schon die deutsche Regierung in dem Verdacht hatten, die Bolschewiki zu begünstigen. Daran war allerdings die Regierung Ebert unschuldig. Sie erntete mit dem Mißtrauen der Westmächte lediglich die Früchte einer Saat der Regierung des am 5. Januar in Ruhpolding gestorbenen Grafen Hertling (siehe Bild in Band VII Seite 385), die den Bolschewiki ziemlich weit entgegengekommen war.

Die auf Hertling folgende Regierung des Prinzen Max schritt zwar gegen die Verseuchung Deutschlands durch den russischen Bolschewismus ein und schob die Russen ab, doch konnte sie, weil sie nur kurze Zeit im Amt war, nichts mehr gegen die russische Organisation für deutschen Bolschewismus unternehmen. Einer der Hauptmitarbeiter dieser Einrichtung war der unabhängige Sozialist Eichhorn (siehe Bild Seite 424), der seine einträgliche Verbindung mit der russischen Telegraphenagentur „Kosta“ in Deutschland auch dann noch aufrechterhielt, als er durch die Revolution auf

den Posten des Berliner Polizeipräsidenten gestellt wurde. Für die 1700 Mark Monatsgehalt, die er von den Russen weiterbezog, leistete er aber auch etwas. Nach dem Rücktritt der unabhängigen Volksbeauftragten waren auch die zahlreichen unabhängigen preußischen Minister zurückgetreten. Nur Eichhorn blieb auf seinem Posten und beantwortete Anfragen der Regierung nach seinen Absichten mit der Ausflucht, er sei lediglich Verwaltungsbeamter. Als solcher entfaltete er eine merkwürdige Tätigkeit. Nach Abspaltung der Spartakusgruppe von den Unabhängigen als kommunistische Partei Deutschlands schloß er sich den Kommunisten an und setzte auch die bereits begonnene Auswahl höchst zweifelhafter Elemente für die Berliner Sicherheitsgruppe fort. Obwohl die Regierung wiederholt zur Abgabe aller Waffen aufgefordert hatte, ließ Eichhorn den kommunistischen Arbeitern immer mehr Waffen zukommen. Da trat die Regierung endlich aus ihrer Zurückhaltung heraus. Der militärische Volksbeauftragte Noske (siehe Bild Seite 404) griff tatkräftig ein. Er war der einzige Mann in der Regierung, der entschlossen und rücksichtslos wie sein Gegner Eichhorn auf sein Ziel losging. Er erreichte, daß die preußische Regierung den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn seines Amtes enthob. Der preußische Minister des Innern Ernst (siehe Bild Seite 424) sollte vorläufig Eichhorns Platz einnehmen, doch wollte ihm dieser mit seinen Leuten nicht weichen.

So standen die Dinge am 4. Januar. Für den folgenden Tag beriefen Unabhängige und Kommunisten Massendemonstrationen nach der Siegesallee ein, deren Teilnehmer, die Plakate und rote Fahnen trugen, durch das ganze Innere von Berlin zogen. Der Spartakusaufbruch hatte begonnen. In der Nacht zum 6. Januar wurden die Geschäftshäuser Berliner Zeitungen, wie des „Vorwärts“, ferner das Haus von Büxenstein, die Verlagshäuser von Mosse, Allstein und Scherl sowie zahlreiche kleinere Druckereien von bewaffneten Zivilisten und jungen Soldaten besetzt. In den Blättern der Spartakusleute und der Unabhängigen: „Rote Fahne“, „Republik“ und „Freiheit“ wurde am 6. Januar zum Massenstreik aufgefordert, der den Zweck haben sollte, die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen. Die Aufrührer setzten sich aus den unabhängigen Sozialdemokraten, den Kommunisten oder Spartakusleuten und einer radikalen Arbeitergruppe, die von den „revolutionären Obleuten“ geführt wurde, zusammen.

Die Regierung verfügte noch nicht über ausreichenden Schutz ihr ergebener Truppen. Deshalb forderte auch sie ihre Anhänger zum Massenstreik und zur Massenversammlung vor der Reichskanzlei auf. Hunderttausende von Bürgern und Arbeitern strömten daraufhin in der Wilhelmstraße und auf dem Wilhelmsplatz, wo sie in unüberdringlichen Massen den Regierungssitz umlagerten, zusammen. Die regierungsfeindlichen Demonstranten fanden den Weg versperrt. Überfälle mit Handgranaten und Revolvern vermochten nicht, eine Gasse zu bahnen. Stürmisch verlangten die regierungsfreundlichen Arbeiter und Bürger ebenfalls Waffen, worauf sich die Regierung auch zur Hergabe von tausend Gewehren und Revolvern entschloß. Die Berliner Truppen verhielten sich „neutral“; wirklich neutral blieb die Volksmarinedivision im Marstall, von der man noch am ehesten den Übertritt in das Lager der Liebknechtleute erwartet hatte. Liebknecht und sein Anhang richteten sich auch im Marstall ein und schlossen mit dem Führer der Matrosen, Dorrenbach, einen Pakt zur Einsetzung einer neuen Regierung mit Liebknecht, Ledebour und Scholze an der Spitze. Der Plan scheiterte an dem Widerstand der Mehrheit der Matrosen, die Liebknecht und seine Leute aus ihrem Tätigkeitsbereiche entfernten und ihren Führer als Verräter bezeichneten, was diesen zur Flucht bewog.

Den Spartakusleuten gelang es, mehrere wichtige Gebäude, darunter das Kriegsministerium, das Proviantamt und die Eisenbahndirektion, zu besetzen. Auch die Kaserne des regierungstreuen Gardepionierregiments nahmen sie nach einer Beschießung durch Artillerie ein. Am 7. Januar bemächtigten sich die Aufrührer noch der Reichsdruckerei und des Schlesienschen Bahnhofes und lähmten den Eisenbahnverkehr durch Angriffe auf den Anhalter und den Potsdamer Bahnhof. Am Brandenburger Tor wurde ebenfalls gekämpft. Die Anhänger der Regierung besetzten zeitweilig die Druckerei der „Roten Fahne“, deren Erscheinen sie verhinderten, während die Volksmarinedivision